

Was blieb von den Vorwürfen?

Diskussion um das Verfassungsschutzamt beendet - Die SPD und ihre Verhandlungsführung

„Es bleibt kein ernstlicher Vorwurf gegen den Innenminister. Es kann auf Grund dieser Untersuchung niemand mit gutem Gewissen sagen, hier sei ein Verfassungsbruch begangen worden“. In diesen zwei Sätzen lässt sich das Fazit aus der Untersuchung ziehen, die über das Verfassungsschutzamt und seinen zuständigen Minister angestellt worden ist. Der Bundestag diskutierte den Abschlußbericht am 29. April. Wie nicht anders zu erwarten, prallten die Meinungen der Opposition und der Koalition aufeinander.

Vor allem sind drei Sprecher der CDU/CSU zu nennen, die den Gesamtkomplex der Angelegenheit sachlich darlegten. Die Abgeordneten Prof. Dr. Süsterhenn, Dr. h. c. Güde und der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Wagner, stellten die harte Frage an die Opposition, was von ihren Vorwürfen übrig geblieben sei. Um unseren Lesern die Problematik dieses Falles noch einmal vor Augen zu führen, bringen wir die Stellungnahmen der drei Abgeordneten in größeren Auszügen.

Prof. Dr. Süsterhenn

„Seit dem vergangenen Herbst beunruhigenden Mitteilungen über ‚skandalöse Verhältnisse‘ beim Verfassungsschutz, insbesondere Vorwürfe über angebliche illegale, willkürliche und mißbräuchliche Praktiken bei der Telefonüberwachung weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit.

So wurde unter anderem in der Presse die Behauptung aufgestellt, die vom Verfassungsschutz veranlaßte Telefonüberwachung erstreckte sich nicht nur auf Personen, die der verfassungsfeindlichen Arbeit oder der Spionage verdächtig seien, sondern auch auf „viele andere Bundesbürger, darunter zahlreiche Journalisten, Bundestagsabgeordnete und führende Politiker“. In einer anderen Meldung hieß es sogar, Personen, die einfach irgendeinem Verfassungsschützer mißliebiger oder suspekt sind, würden der Telefonüberwachung unterstellt. Auch in der Spiegel-Affäre seien die Verteidiger der beschuldigten Journalisten überwacht worden. Besonderes Aufsehen erregte die von ‚Panorama‘ verbreitete, inzwischen als falsch erwiesene Behauptung des SPD-Fraktionsgeschäftsführers Dr. Schäfer, daß sogar in der Telefonzentrale des Bundestages eine Abhöranlage installiert sei.

Die in der Öffentlichkeit entstandene Unsicherheit und Unruhe führte schließlich zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Bevor auf das Ergebnis dieser Untersuchung eingegangen wird, seien zur Klarstellung einige grundsätzliche verfassungspolitische Bemerkungen über Sinn und Aufgabe des Verfassungsschutzes in der Bundesrepublik vorausgeschickt.

Im Gegensatz zur Weimarer Republik ist die Bundesrepublik Deutschland nach dem Willen des Grundgesetzgebers keine

wertneutrale Formdemokratie, in der auch staatsfeindliche, insbesondere totalitäre Kräfte nach Belieben Politik und Propaganda treiben können, um die freiheitliche demokratische Ordnung zu unterlaufen und schließlich zu beseitigen. Die Bundesrepublik ist vielmehr eine auf bestimmte politische Höchstwerte, insbesondere die Menschenrechte verpflichtete Demokratie, die sich bewußt gegen ihre Feinde zur Wehr setzt.

● Um den Schutz des Staates und der Verfassung effektiv zu gestalten, hat der Grundgesetzgeber bereits in Artikel 77 GG die Einrichtung einer besonderen Verfassungsschutzorganisation vorgesehen.

● Im Jahre 1950 wurde durch Bundesgesetz das Bundesamt für Verfassungsschutz errichtet, das in Zusammenarbeit mit den Landesämtern verfassungsfeindliche Bestrebungen zu erkunden und zu

(Fortsetzung Seite 2)

Die SPD ärgert sich

Durchsichtige Kritik am Grußwort des Geschäftsführenden Vorsitzenden

Den selbstverständlichen Dank der Christlich Demokratischen Union sprach der Geschäftsführende Vorsitzende unserer Partei, Josef Hermann Dufhues, am 1. Mai den Arbeitern, Angestellten und Beamten für ihren Beitrag zum Wiederaufstieg der Bundesrepublik aus. Der Sprecher des SPD-Parteivorstandes fühlte sich aus wohl nur ihm verständlichen Gründen bemüßigt, diese Selbstverständlichkeit als „Doppelzüngigkeit“ zu kritisieren.

SPD-Sprecher Barsig sagte in Berlin, das Grußwort der CDU sei ein „typisches Beispiel“ von „Doppelzüngigkeit“, denn die CDU bescheinige heute den arbeitenden Menschen ihre Leistung am Wiederaufbau der Bundesrepublik, während sie es noch vor wenigen Tagen im Hinblick auf den Wahlkampf in Baden-Württemberg als ihr alleiniges Verdienst dargestellt hätte. Nun, abgesehen davon, daß die SPD allen Grund hätte, über den Zwiespalt ihrer Haltung von gestern und heute den Mantel des Schweigens zu breiten, verbirgt sich hinter Barsigs Kritik nichts anderes als der Ärger über den Wahlausgang in Baden-Württemberg. Das

wird klar, wenn man die Worte des Grußwortes noch einmal genau liest. Es hatte folgenden Wortlaut:

„Fleiß und Intelligenz der deutschen Arbeiter gelten in aller Welt als wesentliche Grundlage für den beispiellosen Wiederaufstieg der Bundesrepublik. Fleiß und Tüchtigkeit bleiben auch in Zukunft die unabdingbaren Voraussetzungen für den Erfolg der deutschen Wirtschaft im immer härter werdenden Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten. Damit haben die deutschen Arbeiter einen entscheidenden Anteil an der Verantwortung

(Fortsetzung Seite 6)

Was blieb von den Vorwürfen?

(Fortsetzung von Seite 1)

beobachten hat. Dem Verfassungsschutz wurden weiterhin die Aufgaben der Spionageabwehr, der Sabotagebekämpfung und des Geheimnisschutzes übertragen.

● Da die inneren und äußeren Staatsfeinde ebenso wie die kriminellen Verbrecher meist ihre dunklen Ziele möglichst geheim oder getarnt zu verfolgen pflegen, hat der Grundgesetzgeber bereits in Artikel 10 GG die Möglichkeit geschaffen, das Post- und Fernmeldegeheimnis gesetzlich zu beschränken.

● Auf Grund der in den Pariser Verträgen und im Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut geregelten vertraglichen Verpflichtung zur Zusammenarbeit haben der Verfassungsschutz und die alliierten Geheimdienste einschlägiges Material ausgetauscht. Bei dem von alliierter Seite zur Verfügung gestellten Material befanden sich auch Erkenntnisse, welche die Alliierten im Wege der Telefon- und Postüberwachung gewonnen hatten. Im Rahmen der Zusammenarbeit regte der Verfassungsschutz in einer Reihe von Fällen, in denen seine eigenen Erkenntnismittel nicht ausreichten, bei den Alliierten eine Telefon- oder Postüberwachung der verdächtigen Personen an, da auf deutscher Seite derartige Überwachungsmöglichkeiten nicht bestehen. Über die deutschen Anregungen entscheiden die alliierten Geheimdienste in eigener Zuständigkeit. In den meisten Fällen haben die Alliierten den deutschen Anregungen entsprochen. Das durch die alliierten Überwachungsmaßnahmen angefallene Material wurde dem Bundesamt für Verfassungsschutz zur Verfügung gestellt.

Organisatorisch-bürokratische Mängel

Der vom Bundestag eingesetzte Untersuchungsausschuß hat festgestellt, daß für die Verfahrensmodalitäten und personellen Kompetenzen in den Fällen der Anregung einer Überwachung bei den Alliierten sowie für die Formen der Registrierung, der Aufbewahrung, der aktenmäßigen Behandlung, der Auswertung, der Sicherstellung, der Geheimhaltung und schließlich der Vernichtung oder Rückgabe des von den Alliierten gelieferten Materials die für einen geordneten Behördenbetrieb im allgemeinen erforderlichen Dienstvorschriften nicht ausreichend waren oder nur in mündlichen Anweisungen bestanden. Dies sind unbestreitbare organisatorisch-bürokratische Mängel.

Das Vorhandensein solcher Mängel dürfte im wesentlichen auf folgende Gründe zurückzuführen sein: In den Verhandlungen des im Jahre 1955 vom Bundestag zur Untersuchung der Affäre John eingesetzten Ersten Ausschusses war Kritik an dem Bundesinnenministerium geübt worden, weil es das Bundesamt für Verfassungsschutz fast wie eine Ministerialabteilung behandelt und eine sehr straffe Aufsicht ausgeübt habe. Gegenüber dieser Praxis wurde der Wunsch geäußert, das Ministerium solle in Zukunft lediglich 'Kontrolle' und nicht 'leitende Aufsicht' ausüben. Entsprechend diesem parlamentarischen Wunsche hat das Ministerium die Zügel der Kontrolle gegenüber dem Bundesamt für Verfassungsschutz ziemlich locker gehandhabt.

Nach der Auffassung des jetzigen Zweiten Untersuchungsausschusses wäre ein

strafferes Anziehen der Zügel auf dem Gebiete der Organisationskontrolle angebracht gewesen. Allerdings hat die Tätigkeit eines Geheimdienstes zwangsläufig ihren besonderen Stil. Sie ist ihrer Natur nach wesentlich anders und vor allem weniger bürokratisch als etwa die Arbeit eines Grundbuch- oder Katasteramtes.

Das Ergebnis der Untersuchung

Der Untersuchungsausschuß ist bei seiner Arbeit zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Mißbrauch bei den Anregungen zur Telefon- und Postüberwachung nicht festgestellt wurde. Dieses Ergebnis deckt sich auch mit der Feststellung der sogenannten Kleinen Kommission der drei Bundestagsfraktionen vom 10. Oktober 1963, daß sich aus den ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen kein Anhalt für die Annahme eines Mißbrauchs der Telefon- und Postüberwachung in der innenpolitischen Auseinandersetzung ergeben hat.

Zu dem gleichen Ergebnis, daß kein Mißbrauch festgestellt worden sei, kam auch der von der Bundesregierung mit der Überprüfung des Bundesamtes für Verfassungsschutz beauftragte Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. Silberstein, wie er in einer Presseerklärung bekannt gab.

Von einer verfassungswidrigen Bespitzelung demokratischer Politiker, Journalisten, Anwälte und sonstiger Bürger kann überhaupt keine Rede sein. In dieser Richtung haben die durchgeführten Untersu-

chungen nicht den geringsten Anhaltspunkt ergeben. Selbstverständlich müssen sich im Interesse der Staatssicherheit auch politische Persönlichkeiten ebenso wie sonstige Bürger mit einer Überwachung abfinden, wenn gegen sie hinreichende Verdachtsmomente wegen verfassungsfeindlichen, hoch- oder landesverräterischen Verhaltens bestehen. Das bekannteste Beispiel dieser Art war der Fall des SPD-Bundestagsabgeordneten Frenzel, der als Vertreter der SPD im Verteidigungsausschuß das ihm in dieser Eigenschaft zugänglich gemachte Material jahrelang an den tschechoslowakischen Spionagedienst weitergab."

Dr. h. c. Güde

Mit der Haltung der SPD im Untersuchungsausschuß und in der Öffentlichkeit beschäftigte sich der CDU-Abgeordnete Dr. Güde:

„Herr Kollege Schmitt-Vockenhausen hat einige Vorbemerkungen gemacht. Ich will auch ein paar Worte Vorbemerkungen sagen. Er hat zu Recht die einmütige Äußerung des Ausschusses zitiert, daß er, der Vorsitzende, den Ausschuß korrekt geführt habe. J. peinlicher Korrektheit! Jawohl, das bestätige ich ihm. Nur eines muß ich sagen, nicht um ihn jetzt anzugreifen, sondern weil das ein gewisses Interesse auch für dieses Parlament als Parlament hat. Mich hat unentwegt schockiert, daß der Herr Vorsitzende zwar peinlich korrekt den Vorsitz geführt hat, aber daß er dann zu den Schlagzeilen in den Pausen zwischen den Ausschußsitzungen sehr lebhaft beigetragen hat, zu jenen Schlagzeilen, die er vorhin so beklagt hat.

... wegen Befangenheit abgelehnt worden

Wenn der Herr Kollege Schmitt-Vockenhausen Vorsitzender eines Gerichts gewesen wäre, wäre er bei der zweiten Sitzung wegen Befangenheit abgelehnt worden. Wenn die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse wirksamer sein sollen, brauchten sie einen unparteiischen Vorsitzenden. Es kam während des ganzen Verfahrens dieses Untersuchungsausschusses laufend zu Indiskretionen. Sie, Herr Schmitt-Vockenhausen, haben vorhin bedauernd gesagt, daß der Silberstein-Bericht teilweise an die Öffentlichkeit gekommen sei. Ja, ich habe wörtlich Zitate aus ihm gelesen und kann nur unentwegt sagen: Von mir stammen sie nicht, von meinen Freunden stammen sie nicht. Von meinen Freunden stammen sie so wenig wie von mir; denn sie sind durchweg in einem Zusammenhang gebraucht worden, der gegen uns gerichtet war. Das nur, weil eine solche Tatsache an dem Ansehen des Untersuchungsausschusses und des ganzen Parlaments nagen muß.

Ich habe schon in der Zeitung gelesen und von Herrn Schmitt-Vockenhausen heute auch wieder bestätigt gehört, daß wir ein erfolgreicher Untersuchungsausschuß waren.

Worin besteht denn der Erfolg? Wissen Sie, ich bin ein alter Staatsanwalt, und Staatsanwälte meinen manchmal, sie hätten bloß dann ein Ergebnis, wenn sie ihre Beschuldigten auch überführen können. Ich habe meinen Staatsanwälten durch lange Jahre gepredigt:

Eine anständige Einstellung, die den Sachverhalt aufklärt, weil sie die Unschuld des Angeklagten erweist, ist ein sehr schönes Ergebnis.

In diesem Sinne akzeptiere ich: ein erfolgreicher Untersuchungsausschuß, der zwar einige Unebenheiten und, wenn Sie wollen und wenn Sie mit mir um Worte streiten, auch Mißstände festgestellt hat, der aber die große Wolke von Beschuldigungen und Verdächtigungen, die im Raum stand, weggeweht hat. Mir schien die politische Grundfrage, das politisch Wesentliche geklärt und entschieden zu sein, als die Kleine Kommission der drei Fraktionen festgestellt hat, daß sich aus den vorgelegten Unterlagen 'kein Anhalt für die Annahme eines Mißbrauchs in der innenpolitischen Auseinandersetzung' ergeben hat.

Diese prägnante Feststellung stand schon am 10. Oktober da, und sie ist im Grunde sowohl durch den Silberstein-Bericht wie durch das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses nur bestätigt worden: 'kein Anhalt für die Annahme eines Mißbrauchs in der innenpolitischen Auseinandersetzung!'

Ich will durchaus anerkennen, daß der Ansatz zu dieser Formulierung Ihrem Vertreter in der Kleinen Kommission zu verdanken ist. Aber offenbar leben zwei Seelen in Ihrer Brust, meine Herren von der Opposition, wenn auch nicht in derselben Person. Denn ich frage mich: Wes-

(Fortsetzung Seite 6)

Gegen politische Indifferenz

Dr. Fricke weiter Vorsitzender der CDU Braunschweig

Den „Kampf gegen die politische Indifferenz“ bezeichnete der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Braunschweig, Dr. Otto Fricke (Goslar), auf dem Parteitag dieses Landesverbandes am Wochenende in Braunschweig als eine wichtige Aufgabe. An die CDU-Mitglieder appellierte er deshalb, die Basis der Union durch verstärkte Mitgliederwerbung zu festigen.

Im Mittelpunkt dieses Parteitages stand die Vorbereitung der niedersächsischen Kommunalwahlen, denen die CDU Braunschweig mit Optimismus entgegenseht. Als wichtige Voraussetzung für ein positives Abschneiden der Wahl nannte Dr. Fricke dabei die inzwischen abgeschlossene Integration der DP in die CDU. Die CDU wird sich nunmehr noch intensiver um die früheren Wähler der GDP bemühen.

Dr. Fricke beschäftigte sich in seinem Hauptreferat umfassend mit der Arbeit der CDU-Landtagsfraktion, die nach den letzten Landtagswahlen „ungewöhnlich stark gestrafft“ worden sei. Vor allem habe es sich bewährt, Sitzungen in den verschiedensten Teilen des Landes durchzuführen, um sich an Ort und Stelle über die Situation zu unterrichten und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen zu können.

Fricke, der auch Präsidierender Vorsitzender der CDU Niedersachsen ist, übte scharfe Kritik an der niedersächsischen FDP und am FDP-Bundesvorsitzenden Mende, denen er „Geschäftemacherei“ vorwarf. Vor den Landtagswahlen noch habe ihm Mende eine Koalition angeboten, nach der Wahl jedoch erklärt, daß die FDP mit dem jeweils stärksten Partner gehen solle. Er nannte die FDP eine Organisation „Für Die Posten“. Für das schlechte Abschneiden der FDP in Baden-Württemberg machte Fricke in erster Linie die „unverschämten Äußerungen“ Thomas Dehlers über den Bundeskanzler verantwortlich.

In der Diskussion wurde vor allem über die intensiven Vorbereitungen für die Kommunalwahlen berichtet. Dabei sprachen sich die Delegierten dafür aus,

● in allen Gemeinden CDU-Kandidaten aufzustellen, deren Auswahl besonders sorgfältig erfolgen soll. Als entscheidend wurde bezeichnet, daß nur untadelige, qualifizierte Kandidaten ausgewählt werden, die einen repräsentativen Querschnitt durch alle Bevölkerungsgruppen bilden.

● Der Wahlkampf soll sich hauptsächlich gegen die SPD, aber auch gegen die „Partei der Parteilosen“, die sogenannte „Unabhängige Wählergemeinschaft“ (UWG) richten, die in Wolfenbüttel ihre Hochburg hat. Interessant war in diesem Zusammenhang die Mitteilung, daß Funktionäre der rechtsradikalen DRP in einigen Gebieten Braunschweigs versuchen, über die UWG wieder eine politische Plattform zu erhalten.

● Um die evangelische Bevölkerung noch intensiver ansprechen zu können, soll ein Evangelischer Arbeitskreis auf Landesebene gegründet werden, ebenso sollen örtliche Ev. Arbeitskreise ins Leben gerufen werden.

● Im übrigen wird zum Auftakt des Kommunalwahlkampfes im August eine Kommunalpolitische Tagung durchgeführt, auf der noch einmal die kommunalpolitischen Ziele der Union herausgestellt werden sollen.

Der Parteitag wählte den bisherigen Vorsitzenden Dr. Fricke mit großer Mehrheit wieder. Er erhielt 113 von 127 Stimmen. Auch seine beiden Stellvertreter Edelhard Rock (Wolfenbüttel) und Karl Schneider (Braunschweig) wurden in ihren Ämtern bestätigt. Schneider wurde auch als Vertreter des Landesverbandes in den Zentralvorstand der CDU Niedersachsen gewählt.

„Schlagkräftige Mannschaft“

Agrarpolitischer Ausschuß der CDU Pfalz neu konstituiert

Als eine „schlagkräftige Mannschaft“ hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, Dr. Kohl, den Agrarpolitischen Ausschuß der CDU Pfalz bezeichnet, der sich am Wochenende in Neustadt/Weinstraße neu konstituiert hat.

Sowohl Dr. Kohl als auch Landwirtschaftsminister Stübinger haben dem Ausschuß, zu dessen Vorsitzenden der Landtagsabgeordnete Edwin Steinhauer gewählt wurde, ihre Unterstützung zugesagt. Insbesondere geht es dabei zunächst um eine Beschleunigung der Flurbereinigung in der Pfalz, die gegenüber den nördlichen Landesteilen im Rückstand sei.

Konrad Adenauer geehrt

Eine angesehene französische Akademie „für geistige und politische Wissenschaften“, die „Académie des Sciences Morales et Politiques“, hat den CDU-Vorsitzenden Dr. Adenauer geehrt. Sie hat den früheren Bundeskanzler zum assoziierten Mitglied gewählt.

Der Ausschuß will sich mit den Lebensfragen der deutschen Landwirtschaft im allgemeinen und speziell mit denen der heimischen Landwirtschaft befassen. Dazu gehören der Getreidepreis und der Gemüseanbau in der Vorderpfalz ebenso wie die Agrarstruktur, das ländliche Bildungswesen und das europäische Weingesetz.

Zum letzten Problem nahm Landwirtschaftsminister Stübinger bereits eindeutige Stellung. Er erklärte, die demnächst vom Ministerrat in Brüssel zu beratende Vorschrift für den europäischen Weinbau sei keine Qualitätswinbau-Verordnung. Sie bedeute lediglich die Übernahme der winwirtschaftlichen Konzeption aus Italien und Frankreich.

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

Der Machthaber in der sowjetischen Besatzungszone, Staatsratsvorsitzender Ulbricht, hat der Bundesrepublik einen Zeitungsaustausch angeboten.

Auf Ulbrichts Angebot reagierte die Bundesregierung mit gebotener Zurückhaltung. Juristische und politische Gründe stehen einem Zeitungsaustausch in der Form, wie ihn der SED-Chef ins Gespräch brachte, entgegen. Diese Schwierigkeiten sind wahrscheinlich aus der Welt zu schaffen, aber der Weg dazu muß sorgsam überlegt werden. Man sollte annehmen, diese Voraussetzung sei für alle Parteien in der Bundesrepublik verbindlich. Leider hat die SPD wieder einmal nicht über ihren Schatten springen können. In ihrem Bemühen, Kritik um jeden Preis zu üben, hat sie die Zurückhaltung der Bundesregierung als mangelndes Selbstvertrauen bezeichnet. „Unsicherheit und Verworrenheit“ bescheinigt der SPD-Pressedienst vom 29. April dem Sprecher der Bundesregierung.

Wo aber die Verworrenheit wirklich zu finden ist, das zeigt beispielsweise der Zwiespalt zwischen dem SPD-Pressedienst mit seiner Aufforderung, unbedenken Ja zu Ulbrichts Vorschlag zu sagen, und einer Stellungnahme des immerhin nicht unbekanntesten SPD-Politikers Dr. Heinemann. Dieser sprach sich in einer Rundfunkansprache vom 2. Mai für sorgsames Überlegen aus. Heinemann sagte u. a.: „Bei uns wird ja nicht selten laut gedacht, das kann ganz schön sein, ist aber nicht immer hilfreich. Manchmal wäre es besser, eine Sache zuerst in Ruhe zu überlegen.“ Der SPD-Pressedienst mag sich diese Worte hinter den Spiegel stecken. Das um so mehr, als zurückliegende Erfahrungen den Schluß zulassen, daß Heinemann manches ausspricht, was Wehner nicht offen sagt.

Die Haltung der CDU ist klar. Unsere Partei wendet sich dagegen, daß ausgerechnet Ulbricht die Auswahl der Zeitungen überlassen wird, denen er eine Überwindung der Zonengrenze gestattet. Der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Josef Hermann Dühues, unterstrich, jede Vereinbarung über diese Frage müsse sicherstellen, daß die Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone ohne irgendwelche Einschränkungen im freien Handel die Zeitungen kaufen können, die sie haben wollen. „Dazu gehört nach meiner Auffassung auch die Möglichkeit, daß Bürger der Bundesrepublik für Verwandte und Freunde in der Sowjetzone Zeitungen abonnieren, die drüben durch die Post zugestellt werden, ohne daß der Empfänger diskriminiert oder irgendwie benachteiligt wird.“

Den Wettbewerb zwischen Zeitungen aus dem freien Teil Deutschlands und den Staatsorganen der sowjetischen Besatzungszone brauchen wir nicht zu scheuen. Aber wir sollten mit Sorgfalt darauf sehen, daß die Freizügigkeit, deren wir uns in einem demokratischen Staat erfreuen, nicht durch ein vorschnelles Eingehen auf Ulbrichts Vorschläge in Gefahr gerät.

Ihr Konrad Kraske

Durch die SPD-Brille gesehen

Eiertanz um den CDU-Sieg in Baden-Württemberg

SPD-Parteipropagandisten ist nichts unmöglich. Nach dem Motto: was nicht sein darf, kann nicht sein, wurde in der SPD-Zeitung „Berliner Stimme“ aus dem klaren und überzeugenden Wahlerfolg der CDU in Baden-Württemberg ein eindeutiger Sieg der SPD konstruiert.

In Baden-Württemberg konnte die CDU mit 46,2 Prozent den bisher höchsten Stimmenanteil aller Landtags- und Bundestagswahlen erzielen, sie konnte sogar den Sozialdemokraten acht Wahlkreise abnehmen; im Landtag fehlt der Union ein Sitz zur absoluten Mehrheit. Für die SPD-Zeitung „Berliner Stimme“ stellt sich dieses Ergebnis so dar: „Die von Kiesinger geführte CDU/FDP-Koalition verlor drei Mandate, sie entfielen auf die SPD. Ihre Stimmenzahl erhöhte sich um rund 300 000.“ Bei dieser Verdrehung bediente sich die „Berliner Stimme“ eines einfachen Tricks. Im Stuttgarter Landtag war 1960 auch die GDP mit sieben Abgeordneten vertreten, von denen zwei zur SPD übertraten und damit die SPD-Fraktion auf 46 Abgeordnete verstärkten. Im jetzigen Landtag sind 47 SPD-Abgeordnete eingezogen, so daß die SPD tatsächlich nur ein Mandat mehr besitzt als vor den Wahlen. Um aber ein günstigeres Bild zu zeichnen, wurde der Übertritt der beiden GDP-Politiker ignoriert.

Die Zunahme der CDU-Wähler wurde nur verschämt eingestanden und von der „Berliner Stimme“ durch das Verschwinden der „kleineren Parteien von der Bildfläche“ erklärt. Die einzige kleinere Partei, die aber von der Bildfläche verschwand, war die GDP. Die GDP hatte es bei der Landtagswahl 1960 auf knapp 200 000 Stimmen gebracht, bei der Wahl am 26. April waren es nur noch 65 733 Wähler. Damit sind in Wirklichkeit nur 135 000 bisherige GDP-Wähler zur CDU

und zur SPD übergelaufen. Tatsächlich kann die CDU aber über 500 000 Mehrstimmen für sich verbuchen. Der immerhin nicht unbeträchtliche Rest muß sich daher vorwiegend aus Jungwählern rekrutieren, die sich für Prof. Erhard und Ministerpräsident Kiesinger entschieden und nicht für Willy Brandt oder Alex Möller.

Außerdem übersah die „Berliner Stimme“ auch, daß Willy Brandt den Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg zu

einem Duell mit Erhard gestaltet hatte. Denn sonst hätte die SPD-Zeitung nicht geschrieben: „Der Wähler läßt sich nicht allein von guten Vorsätzen und der Realität der Ideen überzeugen, er will auch wissen, wer gute Vorsätze und gute Ideen verwirklicht.“

Der Wähler in Baden-Württemberg hat Gelegenheit gehabt, die Ideen von Willy Brandt kennenzulernen, deswegen zog er die CDU vor.

Bund gibt eine Million DM

Eine Million DM aus dem Erlös der Jugendbriefmarken hat Bundesfamilienminister Dr. Heck als Bundeszuschuß für den Bau eines „Jugendgästehauses am Zonenrand“ bei Helmstedt in Aussicht gestellt. Jugendgruppen, die das Zonenrandgebiet besuchen, soll künftig eine angemessene Unterkunft zur Verfügung stehen.

Große Rosinen

Kriegsdienstgegner wollen ihr Renommé aufpolieren

Die Kriegsdienstverweigerer haben sich wieder einmal viel vorgenommen. Sie wollen jetzt die „erhärteten Fronten des kalten Krieges aufweichen“. Zu diesem Zweck haben sie das zonale Scheinparlament aufgefordert, das Recht der Kriegsdienstverweigerung in Mitteleuropa gesetzlich zu verankern.

Bisher war die Argumentation der Kriegsdienstverweigerer fast ausschließlich gegen die Bundesregierung gerichtet, der oft und lautstark vorgeworfen wurde, durch die Bewaffnung der Bundesrepublik die Weltspannungen zu verschärfen. Die kommunistische Bedrohung wurde überhaupt nicht zur Kenntnis genommen oder verharmlost. Auch die Tatsache, daß in der Bundesrepublik das Kriegsdienstverweigerungsrecht im Grundgesetz verankert ist, während in der Zone Pazifisten kurzerhand ins Gefängnis geworfen wer-

den, konnte die politisch nach links tendierenden Wehrdienstverweigerer nicht zu einer etwas objektiveren Betrachtungsweise veranlassen. Freilich verloren sie durch ihre einseitige Propaganda jede Glaubwürdigkeit. Um ihr Renommé wieder aufzupolieren und ihre Existenz zu legitimieren, versuchen die westdeutschen Kriegsdienstgegner seit einiger Zeit, dem Recht, aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe zu verweigern, auch in der Zone Geltung zu verschaffen. Zu diesem Zweck sprachen vor einiger Zeit 18 Mitglieder des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik mit zwei Vertretern der Zonen-„Volkskammer“. Die Genehmigung zu diesem Gespräch war vom Ostberliner Polizeipräsidenten nur unter der Bedingung gestattet worden, daß jede Demonstration vermieden werde. Für die Kriegsdienstverweigerer verlief die Besprechung völlig unbefriedigend. Ihnen wurde erklärt, daß eine gesetzliche Regelung für Kriegsdienstverweigerer in der Sowjetzone nicht zu erwarten sei.

Zuvor hatte der Verband der Kriegsdienstverweigerer beim Präsidenten des Scheinparlaments der Zone, Johannes Diekmann, um die Erlaubnis für eine Demonstration in Ostberlin und ein Gespräch mit Volkskammerabgeordneten nachgesucht. Nach Darstellung der Kriegsdienstverweigerer habe Diekmann den Briefwechsel abgebrochen.

Durch solche Erfahrungen nicht entmutigt, beschloß der Bundeskongreß der Kriegsdienstverweigerer am 3. Mai in Hamburg, an die zonale „Volkskammer“ einen Appell zu richten, ein Gesetz zu schaffen, „welches den Bürgern in der DDR das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gibt“. Außerdem wurde die Bundesrepublik aufgefordert, ein Bundesamt für Abrüstung einzurichten. Mit diesen Vorschlägen wollen die Kriegsdienstgegner, wie sie bescheiden erklärten, „die erhärteten Fronten des kalten Krieges aufweichen.“

Für den Jugendaustausch

Junge Union Westfalen und Schleswig-Holstein zogen Bilanz

Für den europäischen Jugendaustausch sprachen sich am Wochenende die Landesverbände Westfalen und Schleswig-Holstein der Jungen Union aus, die in Bielefeld bzw. Mölln ihre Landestage durchführten. Während in Westfalen Willi Rawe einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt wurde, kam mit Jürgen Hoffmann im nördlichsten Bundesland ein neuer Mann an die Spitze.

Der bisherige Vorsitzende, der CDU-Landtagsabgeordnete Klaus Köberle, hatte nicht mehr kandidiert. Die Junge Union Schleswig-Holstein bekannte sich in einer Entschließung uneingeschränkt zum Deutsch-Französischen Jugendwerk und richtete an die Bundesregierung die Bitte, ein Vertragswerk über den europäischen Jugendaustausch abzuschließen, wobei insbesondere auch an die skandinavischen Nachbarländer gedacht wird.

Auch die Junge Union Westfalen begrüßte den deutsch-französischen Jugendaustausch. Landesvorsitzender Rawe bezeichnete die Pflege der Völkerverständigung und der menschlichen Beziehungen als hohen Gewinn für uns alle. Auf die landespolitische Situation eingehend, nannte Rawe angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen das Gespräch mit dem kritischen Jungwähler besonders notwendig. Es sei wichtiger als großange-

legte Versammlungen und Plakatierungen.

Interessant ist ein Vergleich der soziologischen Schichtung beider Landesverbände. Beim 10 000 Mitglieder zählenden Landesverband Westfalen stehen ebenso wie in Schleswig-Holstein (4100 Mitglieder) die Angestellten an der Spitze: 29,2 bzw. 21,2 Prozent. In Westfalen sind Handwerker mit 16,6, in Schleswig-Holstein mit 8,1 Prozent vertreten. Die Zahl der Schüler ist in Schleswig-Holstein mit 16,4 besonders stark, in Westfalen beträgt sie 7,1 Prozent.

Die 20- bis 25jährigen bilden in beiden Landesverbänden die stärkste Gruppe: 34,5 Prozent in Westfalen, 40 Prozent in Schleswig-Holstein. Während in Schleswig-Holstein 25,5 Prozent der Mitglieder der Jungen Union zugleich auch CDU-Mitglied sind, ist dieser Prozentsatz in Westfalen mit 40,1 Prozent erheblich höher.

Wirklich Eigentum fördern

Entschiedener Widerspruch zu einer SPD-Argumentation

Der Bundestag diskutierte am 30. April den Entwurf eines Gesetzes, durch das die Absetzung für die Abnutzung von Gebäuden neu geregelt werden soll. Die Opposition nahm die Behandlung dieses Entwurfs zum Anlaß, der CDU mangelndes soziales Empfinden vorzuwerfen. Was ist daran richtig?

Nach Ansicht der Opposition wird die in dem Gesetzentwurf vorgenommene Erhöhung der Abschreibungssätze der Situation im Wohnungsbau nicht gerecht. Die SPD glaubt, die Baukonjunktur werde noch stärker angeheizt und im Endeffekt seien die begüterten Schichten des Volkes zu Ungunsten der einkommenschwachen und kinderreichen Familien bevorzugt. Als Sprecher der CDU/CSU wies der Abgeordnete Dr. Hesberg die Anwürfe der Opposition zurück. Er sagte u. a.:

„Einer solchen Argumentation kann gar nicht entschieden genug widersprochen werden. Gerade durch die Förderungsbestimmungen des Wohnungsbaugesetzes haben wir uns seit den fünfziger Jahren ganz betont der Förderung der Eigentumsbildung der kleinen Einkommensbezieher gewidmet.

● Ich darf Sie daran erinnern, daß es durch unsere Initiative und durch die Verabschiedung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes und Familienheimgesetzes erreicht ist, daß gerade durch die Abstellung der öffentlichen Darlehen auf die Wohnfläche der Einkommensbezieher mit einer großen Kinderzahl entsprechend höhere Darlehen bekommt.

● Ich erinnere daran, daß wir durch die Familienzusatzdarlehen entsprechende zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten erschließen und hierdurch die Eigentumsbildung wesentlich fördern.

● Ich darf im übrigen folgendes sagen: Die Gegenüberstellung von Beziehern großer Einkommen und Besitzern großer Vermögen einerseits und von „kleinen Leuten“ andererseits erinnert an Zeiten, von denen wir eigentlich glaubten, daß sie vergangen seien; sie erinnert an die Zeiten des Klassenkampfes.

Was würden Sie sagen, wenn ich gegenüber Ihrem Hinweis auf die Vermögensbildung im Bereiche des Grundeigentums bei den privaten Besitzern an die großen gemeinnützigen Gesellschaften erinnern wollte, die beispielsweise in den Händen der Kommunen auch eine sehr erhebliche Vermögensbildung betrieben haben? Es geschah oft in der Weise, daß man ihnen günstige Grundstücke zu sehr niedrigen Preisen zuschob und für den Einsatz der öffentlichen Mittel eine viel geringere Eigenkapitalquote zur Voraussetzung machte als bei den privaten Besitzern.

Es ist doch so, daß heute und schon seit Jahrzehnten Objekte nur unter Zuhilfenahme von Fremdkapital finanziert werden können, daß sich die Finanzierungsmethoden im Wohnungsbau vollkommen verändert haben und daß der Abschreibung, die der einzelne Bauherr für die Einkommensermittlung in Anspruch nehmen kann, die Tilgung gegenübersteht, die sich der Gläubiger ausbedingt, und zwar unter anderem mit Rücksicht auf den ständigen Wertrückgang durch den Verschleiß des Hauses. Wenn sich nun neue Methoden der Finanzierung als absolut notwendig durchsetzen, dann muß die Abschreibung auch auf diese

Methoden aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus Rücksicht nehmen. Diese wirtschaftlichen Umstände, die auch sonst zur Förderung der Abschreibung im ganzen wirtschaftlichen Bereich beitragen, müssen auch hier bei der Gebäudeabschreibung mit zum Ausdruck kommen.

Die Begünstigung von Kaufeigenheimen und Trägersiedlungen geht aus von der Überzeugung und dem Tatbestand, daß heute der Bau eines Familienheims gerade für kleine Leute, für Bezieher kleiner Einkommen besonders gefördert werden muß, daß er aber zu einem günstigen Preis nur gefördert werden kann, wenn man solche Objekte in größerer Menge herstellt.

Der Einzelbau kommt immer teurer als beispielsweise eine Siedlung mit Reihenhäusern und ähnliche Methoden der Massenfertigung. Dieser Bau von Siedlungen zum Verkauf an Eigenheimwillige soll begünstigt werden. Wir bieten damit preislich eine günstigere Lösung, als es der Einzelbau ist.

Daß damit nun Steuergeschenke gemacht werden, kann doch nicht behauptet

werden; denn durch diese Zuweisung der zweimal 5% wird ja die Abschreibung beim Erwerber gekürzt. Der Staat hat hierdurch keine Nachteile. Wir haben auf der anderen Seite aber die wirtschaftlichen Vorteile, daß der Kaufeigenheim-erwerber zu günstigeren Bedingungen zu dieser Eigentumsbildung kommt, und daß ist für uns das Entscheidende.

Im übrigen haben Sie bemängelt, daß die Befristung auf zehn Jahre hier gestrichen werden soll. Wir sind der Überzeugung, daß die Eigentumsbildung gerade beim kleinen Eigenheim noch auf lange Jahre der Förderung bedarf.

Befristung unzuweckmäßig

Das liegt im Sinne unserer Bestrebungen zur Eigentumsbildung in breiten Schichten der Bevölkerung. Daher halten wir es für unzuweckmäßig, hier eine Befristung auf zehn Jahre vorzusehen. Wenn wir daran denken, welche Aufgaben auf dem Gebiet des Wohnungsbaues noch im Rahmen der Sanierung und der Raumordnung sich für uns ergeben, dann scheint es uns nicht möglich, hier eine Beschränkung auf zehn Jahre vorzusehen. Wir wollen vielmehr auch gerade den kleinen Sparer rechtzeitig die Möglichkeit geben, für spätere Zeiten anzusparen und dann diese Vorteile bei der Gebäudeabschreibung zu genießen. Auf diese Weise wollen wir wirklich Eigentum in Arbeitnehmerhand fördern.“

Fernsehen und Hörfunk

Greif zur Feder, Kumpel!

„Entgegen einer weitverbreiteten Meinung, die interessierte Kreise nach Kräften zu fördern suchen, steht das Fernsehen in der Bundesrepublik weitgehend unter dem Einfluß der Bundesregierung. So weitgehend, daß man fast schon von Beherrschung sprechen kann.“

Diese Behauptung ist nicht nur verdreht, sondern einfach unwahr. Sie ist in solchem Maße unwahr, daß man einen Laien, der diese Behauptung wagen würde, nicht mehr ernst nehmen könnte. Aus dem Mund eines Mannes, der es zumindest besser wissen müßte und wohl auch besser weiß, ist es — freilich in einem ganz anderen Sinne — ernst zu nehmen. Man muß nach den Motiven fragen, die ihn zu einem solchen Satz, dessen Unwahrheit ihm bewußt sein müßte, verleitet haben.

Der Mann, der diesen Satz erst gesprochen und jetzt auch geschrieben hat, heißt Gert von Paczensky. Sein Name ist untrennbar mit der für den Norddeutschen Rundfunk unrühmlichen „Panorama“-Affäre verbunden. Die oben wiedergegebene Behauptung ist die Einleitung zu einem Artikel mit dem Titel: „Folgen der Ära Adenauer im Fernsehen“. Die Hamburger Wochenzeitung „DIE ZEIT“ fand das Elaborat so gut, daß sie es in einer ihrer letzten Ausgaben abdruckte.

In den nächsten Tagen wird der gleiche Artikel auch als Beitrag zu einem neuen Rowohl-Taschenbuch erscheinen. Es trägt den vielversprechenden Titel: „Informationen, oder Herrschen die Souffleure?“.

Herr von Paczensky hat sich die Arbeit allerdings sehr leicht gemacht. Er griff einiack auf eine Sendung im Dritten Programm des Norddeutschen Rundfunks zurück, die am 2. Oktober 1963 um 21.55 Uhr gesendet worden ist. Womit er zumindest beweist, was im Dritten Hörfunkprogramm des NDR alles möglich ist.

Daß der Artikel neben der erwähnten unwahren Behauptung auch eine Reihe von sachlichen Irrtümern und Unrichtigkeiten enthält, nimmt nicht wunder, denn was nicht stimmt, kann man mit Tatsachen halt nicht nachweisen. So schreibt Herr von Paczensky unter anderem, die Rundfunkanstalten seien mit Ausnahme des NDR, der drei Länder umfaßt, auf der Basis der Bundesländer organisiert. Für den ganzen Südwesten der Bundesrepublik (Südwestfunk, Süddeutscher Rundfunk) ist das einfach falsch.

Wir wollen über die verschiedenen Unrichtigkeiten im Artikel nicht reden. Leider fehlt der Glaube, daß sie wirklich nur auf Irrtümern beruhen.

Ein wahrhaft erstaunliches Faktum am Rande bleibt aber noch festzuhalten: In einem Leserbrief auf den Paczensky-Artikel in der „ZEIT“ schreibt Manfred Jenke, seit Februar 1964 Leiter der neu eingerichteten Abteilung „Presse-Information-Ausland“ beim NDR, die dem Intendanten unmittelbar unterstellt ist: „Mit großem Interesse habe ich die Betrachtung unseres nach wie vor hochgeschätzten Mitarbeiters Gert von Paczensky gelesen.“ Der Chronist hat diesen Satz dreimal gelesen. ohg.

Was blieb von den Vorwürfen?

(Fortsetzung von Seite 2)

halb mußte der Untersuchungsausschuß noch in Gang gesetzt werden? Herr Schmitt-Vockenhausen hat diese Frage auch aufgeworfen, und er hat — ich muß schon sagen, naiverweise — auf den wirklichen Anlaß hingewiesen, nämlich auf den oder die Artikel im „Stern“.

Und im übrigen, ist da eine grundsätzliche Frage: ob wir nämlich einen Minister oder überhaupt einen Politiker als in Anklagezustand versetzt ansehen wollen, weil er irgendwo auf gedrucktem Papier, also in der Presse, und ohne jede Unterscheidung, was das für eine Presse ist, verdächtigt wird, und ihm die Last der Widerlegung und des Entlastungsbeweises aufbürden wollen. Wollen wir das wirklich? Dann ist es schlecht um uns alle bestellt.

Das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses sollte man ganz sachlich und loyal zusammenzufassen versuchen: Es bleibt kein ernstlicher Vorwurf gegen den Innenminister.

Worauf es mir ankommt, ist, daß die Behauptung, hier sei die Verfassung gebrochen worden, ganz entschieden beweislos geblieben ist. Die Verfassung ist weder subjektiv noch objektiv gebrochen worden.

Es kann auf Grund dieser Untersuchung niemand mit gutem Gewissen sagen, hier sei ein Verfassungsbruch begangen worden, und trotz aller Unebenheiten und teilweiser Mißstände sage ich Ihnen: Das Amt im ganzen ist in Ordnung. Das Amt ist ordentlich geführt. Wer das Amt seit Jahren kennt, muß zugeben, daß das Amt als solches in Ordnung ist.“

Abg. Wagner

Die kommunistische Infiltration in der Bundesrepublik gebietet ein schlagkräftiges Instrument, das geeignet ist, den demokratischen Rechtsstaat zu schützen. Abgeordneter Wagner sagte dazu u. a.:

„Am 26. März 1964 gab die Bundesanwaltschaft die Aushebung eines kommunistischen Agentenringes bekannt. Er sollte über die politische Agitation und Spionage hinaus im Falle eines drohenden oder ausgebrochenen Krieges durch Sabotageakte ein Chaos unter der Zivilbevölkerung herbeiführen und den militärischen Widerstand gefährden. Zwei Tage zuvor hatte der sozialdemokratische Hamburger Innenminister Schmidt vor der Presse berichtet, die verbotene KPD unterhalte in 300 Betrieben Betriebsgruppen oder Stützpunkte, von denen fast 100 zu Unternehmen gehörten, die geheimhaltungsbedürftige Aufträge für die Landesverteidigung ausführen. Am 6. März 1964 warnte der niedersächsische Innenminister die Öffentlichkeit vor einer verstärkten Tätigkeit der Ostagenten, die er auf mehr als 10 000 bezifferte.“

Sie könnten sagen, das gehöre nicht zum Thema des Untersuchungsausschusses! Sie haben recht. Auf der Anklagebank saßen die Männer vom Verfassungsschutz, die sich der Abwehr eben dieser kommunistischen Unterhöhnung und Zersetzung verschrieben haben. Aber auf der Zuhörertribüne saßen praktisch

auch jene 10 000 Agenten, von denen der niedersächsische Innenminister sprach. Und sie haben sich sicherlich die Hände gerieben. Deshalb haben wir allen Grund, bei dieser Debatte auch dieses Thema anzuschneiden.

War das Schauspiel nötig?

Ich will an dieser Stelle gar nicht lang und breit den Sprecher des SPD-Vorstandes zitieren, der es damals unerhört fand, daß der deutsche Verfassungsschutz die Alliierten auch bei der Bekämpfung linksradikaler Elemente eingeschaltet habe, der sich damals darüber mokierte, daß 400 000 amerikanische Soldaten mit Panzern und Atomwaffen, wie es hieß, sich vor kommunistischen Flugblattverteilern fürchten sollten. Ich glaube, daß die SPD in diesem Punkt ihre Meinung inzwischen gründlich geändert hat.

Die Welle, die mit diesem Untersuchungsausschuß über die deutsche Öffentlichkeit hinwegging, hat, wenn schon nicht den Verfassungsschutz zerschlagen, so doch seine Arbeit auf lange Zeit hinaus ernsthaft gelähmt. Nehmen Sie doch nur einmal die Kommentare, die zum Ausschlußbericht selbst gemacht worden sind. Da behauptete beispielsweise die Ge-

Die SPD ärgert sich

(Fortsetzung von Seite 1)

für die Sicherung unseres Wohlstandes und für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze übernommen.

Die Christlich Demokratische Union ist davon überzeugt, daß das Bewußtsein dieser Verantwortung in unserem Volk lebendig bleibt und daß die Männer und Frauen in unseren Betrieben entschlossen sind, auch künftig ihre Spitzenstellung im internationalen Leistungsvergleich zu behaupten. Leichtfertige Versprechungen und einseitige Parolen werden sie wie bisher ablehnen.

Die deutschen Arbeiter haben erkannt, daß die soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards ihnen nach einem jahrhundertelangen Kampf den gerechten Platz in der Gesellschaft errungen und gesichert hat. Die Erfolge dieser Wirtschaftspolitik, verbunden mit einer fortschrittlichen Sozialpolitik, haben die deutsche Arbeiterschaft aus Abhängigkeit und wirtschaftlicher Unsicherheit befreit. Die soziale Marktwirtschaft der Christlich Demokratischen Union hat der Arbeit ihren Sinn und dem Arbeiter seine Würde wiedergegeben.

Die CDU wird die bisherige erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik fortsetzen. Ihre Sorge gilt heute und in Zukunft der Erhaltung der Preisstabilität. Sie wird unverzüglich auf geeignete Maßnahmen dringen, die Preisbewegung, die nicht zuletzt durch die Entwicklung in einigen Nachbarländern beeinflusst wird, unter Kontrolle zu bringen. Die Sicherheit des Einkommens und die Mehrung des Wohlstands sind und bleiben das Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU.

Die CDU ist überzeugt, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft ebenso wie die

werkschaftszeitung „Metall“, im Bundesamt für Verfassungsschutz seien nach Einleitung der parlamentarischen Untersuchung schnell noch Akten beseitigt worden — eine Behauptung, die verständlicherweise die sowjetzonale Nachrichtenagentur und die Presse Pankows begierig aufgenommen und weiterverarbeitet haben. Ein Mißbrauch ist nie ausgeschlossen, bei keiner Behörde, bei keiner Dienstvorschrift und auch nicht bei der strengsten Aufsicht. Aber wer aus der genannten Formulierung automatisch das Schlimmste ableitet, der unterstellt doch, daß unsere Verfassungsschützer halbe Ganoven sind und nicht Männer, die für eine gute Sache kämpfen mit großem Eifer und vielleicht auch deshalb einmal im Eifer das Gefecht über das Ziel hinausschießen. Wie kann man erwarten, daß diese Männer mit ganzem Herzen diesen Kampf fortführen, wenn sie sich groteskerweise auf der Anklagebank sehen, wie sie an den Pranger der öffentlichen Meinung gestellt werden, geradezu als Feinde der Demokratie und der Freiheit, für die sie doch kämpfen? Der einfache Mann auf der Straße verfolgt nicht das Ergebnis solcher Untersuchungen im einzelnen. Bei ihm bleibt vor allem das Bild haften, das in einer grotesken Verzerrung über den Verfassungsschutz entworfen worden ist — auch mit durch Ihre Schuld, meine sehr verehrten Kollegen von der Opposition.“

Angestellten und Beamten die Ziele der sozialen Marktwirtschaft und der christlich demokratischen Sozialpolitik wie in den vergangenen Jahren nüchternen Sinnes und im Bewußtsein ihrer Verantwortung unterstützen werden.“

Barsigs Angriff gegen den Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU war nicht das einzige Zeichen für den Versuch, Stimmung gegen die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien zu erzeugen. Die „Kölnische Rundschau“ machte in einem Leitartikel am 4. 5. 1964 in folgender Weise ihre Leser darauf aufmerksam:

„Ludwig Erhard war Amboss der meisten diesjährigen Mai-Kundgebungen. Wie auf ein geheimes Stichwort hin hämmerten DGB-Mächtige ihre Anti-Kanzler-Parolen. Die Funken sozialistischer Agitation sprühten dabei nur so. Man fühlte sich zuweilen in die Jahre versetzt, da es über die Marktplätze dröhnte, dank Erhard seien die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden. Die Erinnerung wurde auch wach an das Jahr 1953, als der DGB in einem offiziellen Aufruf das Volk beschwor, einen ‚besseren Bundestag‘ zu wählen; einen mit SPD-Mehrheit, versteht sich. Es gab jedoch ein Fiasko für die SPD, und wegen der unglückseligen Verquickung von Sozialdemokratie und Einheitsgewerkschaft natürlich auch für den DGB.“

Lehren haben beide Gruppen keineswegs gezogen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, müssen sich Erhard und seine Mannschaft im Bundestagswahlkampf 1965 auf ein neues Hand-in-Hand-Spiel von SPD und DGB gefaßt machen. Ob dies allerdings den Sozialdemokraten unbedingt zuträglich sein wird, steht auf einem anderen Blatt.“

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Wieder Schülerwettbewerb

Sozialminister Konrad Grundmann und Kultusminister Prof. Dr. Mikat haben die Jugend Nordrhein-Westfalens zur Teilnahme am 11. Mittel- und Ostdeutschen Schülerwettbewerb aufgerufen. Die Minister haben in ihrem Aufruf unterstrichen, daß die Zahl der abgegebenen Arbeiten im Vorjahr um 50 Prozent größer war als 1962. Grundmann und Mikat werteten diese Tatsache als Beweis dafür, daß die Jugend des größten Bundeslandes bereit ist „nach Kräften zur Wiedervereinigung Deutschlands beizutragen“.

Barzel zum 17. Juni

„Wir sind es unseren Landsleuten in der Zone schuldig, durch Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen unseren ungeborenen Willen zur Selbstbestimmung aller Deutschen wie auch unseren Dank an die mutigen Männer und Frauen des 17. Juni immer wieder kundzutun.“ Das erklärte der amtierende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Barzel, in einem Aufruf zum Tag der nationalen Einheit am 17. Juni.

Kritik an SPD-Abgeordnetem

Der CDU/CSU-Landesverband Oder/Neiße hat den SPD-Kreistagsabgeordneten Dr. Wendeborn (Bad Harzburg) kritisiert, der kürzlich erklärt hatte: „Wer nur immer zurück schaut und von der Wiederherstellung der Grenzen von 1937 träumt, der hat nicht nur die Vergangenheit verschlafen, sondern der wird auch die Zukunft verschlafen“. Wie der Landesverband dazu erklärte, sind Wendeborns Feststellungen ein weiterer Beweis für die zwiespältige Haltung der SPD zur Frage der Oder/Neiße-Linie.

Seebohm überreicht Kulturpreis

Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bundesverkehrsminister Dr.-Ing. Seeböhm, wird am 15. Mai in einer Feierstunde in Nürnberg dem Koeckert-Quartett den Kulturpreis 1964 dieser Landsmannschaft überreichen. Die Festrede hält der bayerische Kultusminister Prof. Dr. Maunz.

Jahn im BdV-Präsidium

Die nordostdeutsche Gruppe der Landsmannschaften, zu der die Danziger, Ostpreußen, Pommern und Westpreußen gehören, hat den Präsidenten der Pommerischen Abgeordnetenversammlung, Dr. Hans-Edgar Jahn, ins Präsidium des Bundes der Vertriebenen entsandt. Jahn ist der einzige CDU-Politiker im BdV-Präsidium.

Schwerpunkt der nächsten Jahre

Bundesminister Lemmer: Geflüchtetem Mittelstand helfen

Bundesvertriebenenminister Lemmer hat sich in einem Grußwort an die Bundestagung des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge dafür ausgesprochen, den Mittelstand unter den Flüchtlingen durch Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung stärker zu unterstützen.

Bundesminister Lemmer, der an der elften Bundestagung des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge in Godesberg am 2. Mai wegen einer Erkrankung nicht teilnehmen konnte, hatte in einem Grußwort auf seine enge Verbundenheit mit den Flüchtlingen hingewiesen und u. a. erklärt:

„In den letzten Jahren ist für die Sowjetzonenflüchtlinge in der Bundesrepublik die Lösung ihrer Daseinsfragen dringlich geworden. Viele von uns sind nun bald zwei Jahrzehnte von ihrer engeren Heimat getrennt. Die meisten von ihnen haben in der Bundesrepublik sich wohl einleben können und überwiegend gute Aufnahme und Verständnis gefunden. Aber viele haben keine sie befriedigende Existenz und Sicherheit! Die Flüchtlinge aus Mitteleuropa sind schließlich die letzten geworden, die in der Bundesrepublik unter den anderen Geschädigtengruppen eine hinreichende Förderung genießen. Auch sie bedürfen anderwärts bereits bewährter Hilfen des Bundes, der Länder und der Gemeinden, um mit aller Kraft auf den Tag ihrer Rückkehr in die mitteldeutsche Heimat hinarbeiten und die Arbeit leisten zu können, die in der Heimat auf sie wartet. Die Kommunisten haben mit Absicht den Mittelstand zerstört und nivelliert. Diese Einebnung darf in der Bundesrepublik nicht aus Nachlässigkeit, Bequemlichkeit und Opferscheu einfach hingenommen werden.“

Wir müssen den Mittelstand, in den glücklicherweise heute die Arbeiterschaft einrückt, als einen Pfeiler einer europäischen Sozialordnung in den Reihen der Zonenflüchtlinge wiederherstellen. Versäumen wir diese Aufgabe, werden wir die Sozialstruktur der Bundesrepublik negativ beeinflussen und das Zerstörungswerk der Kommunisten an privatem Eigentum und persönlicher Initiative nicht wieder beseitigen können. Eine gute Mittelstandspolitik in der Bundesrepublik schließt auch den Mittelstand unter den Zonenflüchtlingen ein, d. h. der von dem Zonenregime planmäßig zerstörte Mittelstand muß schon jetzt in den Teilen, die in die Bundesrepublik gelangen konnten, nach Kräften wieder aufgerichtet werden. In diesem Satz liegt der Schwerpunkt meiner Arbeit.

Ich weiß, daß die gesetzgeberische Regelung nicht einfach sein wird. Darüber möchte ich jedenfalls weder Sie noch mich täuschen. Wir wollen nicht die Finanzkraft des Staates unangemessen in Anspruch nehmen. Die Leistungen lassen sich sicher über gewisse Zeitabschnitte erstrecken und nach Dringlichkeiten stufen. Nicht in Frage gestellt werden darf aber, daß schon jetzt die rechtliche Grundlage der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit der Mitteleuropäer alsbald gewährleistet wird.“

Der Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium Dr. Nahm ging im Verlauf seiner Ausführungen auf Meinungs-

verschiedenheiten zu einzelnen Fragen der Flüchtlingsgesetzgebung ein und sagte:

„Wir können viel erreichen, wenn wir uns zwar ehrlich streiten, aber dennoch gemeinsam bemühen. Meinungsverschiedenheiten sind verständlich. Aber Gemeinsamkeit ist notwendig.“

Ich kann Ihnen mitteilen, daß die Ausschlußfassung der 17. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz die Zustimmung der Bundesregierung gefunden hat. Sie bringt u. a. eine erhöhte Unterhaltshilfe und einen verbesserten Selbständigenzuschlag. Damit ist die gleiche Lösung auch für jene ehemals selbständigen Zonenflüchtlinge präjudiziert, die den C-Ausweis nicht besitzen. Das heißt: auf diesem drängendsten Gebiet wird die Gleichstellung mit den Vertriebenen und Ausgebombten praktisch vollzogen, und zwar abseits von fürsorgerechtl. Voraussetzungen! Das ist ein guter Fortschritt.“

Für junge Flüchtlinge

Für junge Menschen aus der sowjetischen Besatzungszone und aus den Aussiedlungsgebieten stellt der Bundesjugendplan in diesem Jahr 2,75 Millionen DM zur Verfügung. Diese Mittel geben evangelischen und katholischen Hilfsorganisationen, dem Jugendsozialwerk und der Arbeiterwohlfahrt die Möglichkeit, im Bundesgebiet 138 Jugendgemeinschaftswerke aufrechtzuerhalten. Im Bundesjugendplan sind auch Zuschüsse für die Betreuungs- und Leitstellen an den wichtigsten Zonengrenzübergängen und die noch verbliebenen Aufnahmelager vorgesehen.

Gespräch mit Vertriebenen

Nicht nur auf Bundesebene sollen in Kürze Gespräche zwischen der CDU und den Spitzengremien der Vertriebenenverbände und Landsmannschaften stattfinden. Auch die CDU Niedersachsen plant auf Landesebene derartige Aussprachen. Der Präsidierende Vorsitzende der CDU Niedersachsen, Dr. Otto Fricke, hat entsprechende Vorschläge auf dem Parteitag des CDU-Landesverbandes Braunschweig am letzten Wochenende begrüßt.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

„Moralischer Druck“

Frankfurts Oberbürgermeister blockiert Ämterpatronage seiner Partei

Der Oberbürgermeisterwechsel in Frankfurt zieht immer größere Kreise. Inzwischen hat die SPD sich offen von dem bisherigen Amtsinhaber und Mitglied ihrer Partei distanziert, weil sie bei dem Hin und Her im Rathaus um ihre Stimmen bei der Kommunalwahl dieses Jahres fürchtet.

In Nummer 17/64 dieses Informationsdienstes ist bereits über den Sachverhalt berichtet worden. Oberbürgermeister Bockelmann (SPD) hat, noch bevor sein Entschluß bekannt wurde, Hauptgeschäftsführer beim Deutschen Städtetag zu werden, von seiner eigenen Partei hören müssen, daß die Nachfolge bereits SPD-intern geregelt ist. An die Stelle des bisherigen Amtsinhabers tritt nach dem Willen der SPD ein „Dreiergespann“, das selbstverständlich aus treuen Mitgliedern der Sozialdemokraten zusammengesetzt ist.

Ungeachtet dieses Vorpreschens seiner eigenen Parteifreunde, beteuerte Oberbürgermeister Bockelmann auf einer Pressekonferenz das gute Einvernehmen zwischen ihm und der SPD. Ob er es in dieser Form heute noch einmal tun würde, erscheint fraglich, da die SPD inzwischen in aller Öffentlichkeit von Bockelmann abbrückt. „Der Mann wird zu einer immer größeren Belastung für die Partei im Hinblick auf die Kommunalwahl, er muß schleunigst fort“. So sagen nach einer Veröffentlichung in der Frankfurter „Abendpost“ vom 30. April „einflußreiche Funktionäre der Frankfurter SPD“. Nach dieser Veröffentlichung gehen die Sozialdemokraten sogar noch einen Schritt wei-

ter und schlagen vor, sofort den bisherigen Verkehrsdezernenten Möller Oberbürgermeister werden zu lassen. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß unsere Vermutung, der in Aussicht genommene Oberbürgermeister Menzer sei nur Platzhalter für Möller, damit indirekt bestätigt wird.

Oberbürgermeister Bockelmann hat nach drei Schwächeanfällen „auf unbestimmte Zeit“ ein Frankfurter Krankenhaus aufsuchen müssen. Seinen offiziellen Rücktritt hat er noch nicht erklärt. Wie schlecht diese Verzögerung der SPD ins Konzept paßt, kann man u. a. der „Frankfurter Neuen Presse“ entnehmen, die am 30. April schrieb:

„Man weiß bei der SPD, daß man keinerlei Handhabe hat, den Oberbürgermeister jetzt schon zur Aufgabe seines Amtes zu bewegen; er will offensichtlich bleiben, bis er im August oder noch später seinen Dienst beim Städtetag antritt. Aber es wird in der Fraktion davon gesprochen, wenn Bockelmann durch sein längeres Bleiben (was Blockieren der Neuwahlen bedeutet) das kritische Stadium für die Frankfurter SPD verstärkt und ausdehnt, dann müsse er „unter moralischen Druck gesetzt werden.“

FDJ reiste mit

Ein Berliner „Falke“ mußte Federn lassen

Wie weit der kommunistische Einfluß innerhalb der Berliner „Falken“ geht, kennzeichnet ein Vorgang, der erst jetzt von Jugendsenator Neubauer auf Anfrage bestätigt wurde.

Zu den Teilnehmern einer „Falken“-Reise nach Frankreich zählten auch Mitglieder der kommunistischen Staatsjugendorganisation FDJ. Von den „Falken“ wurde bestritten, daß ihnen diese Tatsache vor der Abreise aus Berlin bekannt gewesen sei. Erst in Paris hätten sich die FDJ-Angehörigen offen zu erkennen gegeben. Sie wurden allerdings nicht von der Reise ausgeschlossen, wie zu erwarten gewesen wäre, sondern kehrten mit der „Falken“-Gruppe nach West-Berlin zurück.

Ursprünglich hatten die „Falken“ vor-gehabt, nach Oradour zu fahren, ein Ort,

CDU-Parteitag in Bremen

Mit drei Referaten wird am 9. Mai der Parteitag des CDU-Landesverbandes Bremen eingeleitet. Es sprechen der Bundestagsabgeordnete Dr. Müller-Hermann (Die Aufgaben der CDU für morgen), der frühere Senator Kramm (Gesunde Finanzen, gesunde Wirtschaft) und der Bürger-schaftsabgeordnete Dr. Dumas (Raumordnung für Mensch und Wirtschaft). Dr. Sieling wird den Arbeitsbericht der CDU-Bürgerschaftsfraktion erstatten, während Landesgeschäftsführer Dr. Cassens über die Arbeit des Landesverbandes berichten wird.

der unter den Vergeltungsmaßnahmen der SS im Krieg hart gelitten hatte. Auf einen Wink der französischen Behörden in West-Berlin mußten die „Falken“ ihr Reiseziel ändern. Die Militärbehörden waren davon ausgegangen, daß es mit den SPD-„Falken“ und den linksextremistischen Kräften in Oradour zu Demonstrationen gekommen wäre, die die deutsch-französische Freundschaft hätten belasten können.

Die Bedenken der Franzosen kamen nicht von ungefähr. Bei den „Falken“-Reisen nach Auschwitz und Theresienstadt in der Tschechoslowakei hat das „Falken“-Vorstandsmitglied Soukoup die Bundesrepublik in einem Ton angegriffen, der einem FDJ-Vertreter alle Ehre gemacht hätte.

Außerdem hat Soukoup bei einer Jazz-Veranstaltung der „Falken“ in West-Berlin seiner Hochachtung für die kommunistische Tschechoslowakei dadurch Ausdruck gegeben, daß er der tschechischen Militärmission eine größere Anzahl von Ehrenkarten zuleitete. Das war aber selbst der SPD zuviel. Soukoup, der als Jugendpfleger in städtischen Diensten stand, wurde wegen seiner politischen Haltung von Senator Neubauer entlassen.

Die Arbeit des Bundestages

Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier hat in der vergangenen Woche der Öffentlichkeit die Pläne für beabsichtigte Neubauten des Bundestages in Bonn bekanntgegeben. Der Bundestagspräsident teilte mit, daß zunächst beabsichtigt ist, das Hochhaus, das zur Zeit die Büros der Abgeordneten beherbergt, aufzustocken. Weiter ist dann die Errichtung eines Hochhauses vorgesehen, das insbesondere Räume für die Ausschüsse des Bundestages erhalten soll. In der letzten Phase der bisherigen Planung soll ein neuer Plenarsaal errichtet werden. Die vom Bundestagspräsidenten mit dem Bundestagsvorstand abgestimmten Pläne erstrecken sich über mehrere Jahre etwa bis 1970. Für das gesamte Projekt ist etwa eine Bausumme von 110 Millionen DM veranschlagt.

In diesem Haushaltsjahr ist lediglich eine Summe von 1,2 Millionen DM für Ergänzungsbauten des Bundestages vorgesehen. Damit kann die Aufstockung des Hochhauses begonnen werden. Der Haushaltsausschuß des Bundestages muß dann in jedem Jahr die Summe für die weiteren Bauvorhaben festsetzen, die er für vertretbar hält. Somit hat der Bundestag es noch absolut in der Hand, wieviel und wie schnell gebaut wird. Unbestritten ist, daß die Abgeordneten bessere Arbeitsmöglichkeiten erhalten müssen. Dies wird auch von der sozialdemokratischen Opposition anerkannt. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Mommer, erklärte, daß Zweckbauten in Bonn nichts mit Politik zu tun hätten.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dr. Barzel, erklärte zu diesem Thema vor der Presse in Berlin, daß auch mit den beabsichtigten Neubauten der Charakter Bonns als provisorische Bundeshauptstadt nicht geändert werde. Dr. Barzel setzte sich dafür ein, daß die Wiederaufbauarbeiten im alten Reichstag in Berlin beschleunigt fortgesetzt werden sollten, damit dort bald mehr Arbeitsmöglichkeiten für die Abgeordneten zur Verfügung stünden. Die CDU/CSU werde zu den Neubauplänen jeweils nach Lage der Dinge Stellung nehmen und ihre Entscheidung im Haushaltsausschuß sorgfältig überlegen.

Vertreter benannt

Der CDU-Landesverband Westfalen-Lippe hat jetzt die Mitglieder für den Koordinierungsausschuß der CDU-Landesverbände in Nordrhein-Westfalen bestimmt. Dem Ausschuß gehören an: der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU und Vorsitzender der CDU Westfalen, Josef Hermann Dufhues, die Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Rehling und Bernhard Winkelheide, die Landtagsabgeordneten Dr. Lauscher und Albert Pürsten sowie der Landrat Dr. Pottebaum. Der Koordinierungsausschuß soll die Arbeit der beiden CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen abstimmen. Die rheinische CDU hatte bereits am 17. April Landtagspräsident Johnen, Ministerpräsident Dr. Meyers, den Vorsitzenden des Landesverbandes Grundmann, den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Dr. Lenz und die Bundestagsabgeordneten Dr. Schmidt und Josef Deick für den Ausschuß benannt.